Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 3 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Für den Leser von Dresden und Umgebung am Tage vorher angekündigten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen ausgeliefert. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Reichhaltige Oster-Ausstellung
Osterhasen * Ostereier * Osterdüten
21 Am See 21 Oscar Fischer 21 Am See 21.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Geschäftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt 2spaltige Zeile von Dresdner Auftraggebern 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. Bei Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Auftraggebern 1 Mk., von auswärtigen 1.50 Mk. Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise bei Inseraten und im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Raucht PATENT STROHMUNDSTÜCK CIGARETTE von 3 Pfg. an
Egyptian Cigarette Company
Cairo. – Berlin W. 64. – Frankfurt a./M.
Inhaber der Königlich Preussischen Staats-Medaille in Silber, Grand Prix Weltausstellung St. Louis 1904.

Nähr-Cacao
Marke Milkelmalz. Erhöhter Nährwert durch Beifügung von Milch, Eiweiss und Malzextrakt. Pfund nur 160 Pfg. beim
Chocoladen-Hering.

Kronleuchter
Lampen
für Gas, Petroleum und Kerzen.
G. Devantier, Prager Strasse 11.

Vernickeln, Verkupfern, Vermessingen, Vergolden, Versilbern etc. aller Metallgegenstände
Dresdner Vernicklungs-Anstalt OTTO BÜTTNER, Falkenstrasse 1—3, Hofgebäude.

Nr. 85. Spiegel: Braunschweiger Regentschaftsfrage. Eisenbahntarifreform. Hofnachrichten, Augustusbrücke, Handwerker-Fachschule. Freiheitsberaubung. Kolonialdenkschrift. „'s Nullerl", Wüllner-Konzert, Prof. v. Bergmann †. | Mutmaßl. Witterung: Mild, aufklarend. | **Dienstag, 26. März 1907.**

In Braunschweig

steht endlich, nach langem Zagen, Zaudern und Plaudern, ein entscheidender Schritt bevor, da der Landtag bei seinem heutigen Zusammentritte den Antrag des Regentschaftsrates auf die unverzügliche Vornahme der Neuwahl eines Regenten vorfindet. In der seit dem Tode des Prinzen Albrecht verflossenen sechsmonatigen Frist haben die leitenden braunschweigischen Stellen im Verein mit den welfischen Führern, soweit diese sich überhaupt auf einen formalen Verzicht des Herzogs von Cumberland auf Hannover einzulassen gewillt sind, den von vornherein aussichtslosen Versuch gemacht, den Herzog zu der Preisgabe seines hannoverschen Anspruchs zu bewegen, um dadurch das für Preußen-Deutschland in jedem Falle höchst unerwünschte Ergebnis herbeizuführen, daß der Herzog nach dem Buchstaben, wenn auch nicht nach dem Geiste des Bundesratsbeschlusses von 1885 als nicht mehr an der Uebernahme der Regierung in Braunschweig verhindert anzusehen wäre. Als diese Bemühungen gescheitert waren, ging man trotz deutlichen preußisch-offiziösen Abmahnens an den Bundesrat, mit dem Erfolge, daß die erste gesetzgebende Körperschaft des Reiches ihren früheren ablehnenden Standpunkt noch schärfer präzisierte, indem sie den Beschluß von 1885 dahin erweiterte, daß die welfische Dynastie als solche, nicht bloß der jetzige Herzog, von der Thronfolge in Braunschweig ausgeschlossen bleibt, solange auch nur irgendein noch so entferntes Mitglied in Sachen Hannovers in der Pose der Unversöhnlichkeit verharrt. Hiernach nahm der Landtag den Antrag der staatsrechtlichen Kommission an, sich damit einverstanden zu erklären, daß nunmehr die Neuwahl eines Regenten in die Wege geleitet werde, da weitere Maßnahmen nicht mehr möglich seien. In Gemäßheit dieses Beschlusses ergeht jetzt von seiten des Regentschaftsrates an die Landesversammlung die Aufforderung, die Regentenwahl auszuführen.

Von der Persönlichkeit des neu zu wählenden Regenten wird es abhängen, ob der lebhafte Wunsch aller patriotischen Kreise nach endlicher Herstellung eines abschließenden Zustandes in Braunschweig der Erfüllung näher rückt oder nicht. Zuerst wurde vielfach mit der Kandidatur des Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen, des dritten Sohnes des Prinzen Albrecht, gerechnet. Neuerdings hat es aber den Anschein gewonnen, als sei für einen preußischen Prinzen überhaupt keine Neigung vorhanden, was offenbar als eine Wirkung des verschärften Bundesratsbeschlusses gegen die Thronbesteigung des Herzogs von Cumberland zu betrachten ist. Für Preußen ist diese Abneigung insofern sehr ehrenvoll, als sie deutlich zeigt, daß man an den welfisch gesinnten Stellen in Braunschweig fest davon überzeugt ist, daß ein preußischer Prinz nie und nimmer auch nur eine Linie von der nachdrücklichen Vertretung des nationalen Interesses in der braunschweigischen Frage abweichen wird. Im übrigen denkt niemand daran, den Braunschweigern mit Gewalt einen preußischen Regenten aufzuzwingen. Das reichsdeutsche Interesse verlangt lediglich, daß die Wahl auf eine in nationaler Hinsicht völlig zuverlässige Persönlichkeit fällt, von der keinerlei Schwäche und Nachgiebigkeit gegen welfische Umtriebe zu befürchten steht. Gleichwohl kann es Preußen nicht gleichgültig sein, wenn die welfisch beeinflußte Agitation gegen die Wahl eines preußischen Prinzen sich in Formen äußert, die mit einer freundnachbarlichen Bundesgesinnung nicht zu vereinbaren sind. Die Verhältnisse liegen im neuen Deutschen Reiche nicht mehr so, daß die Züchtung von künstlicher Mißstimmung gegen Preußen nach dem Muster der alten Kleinstaaterei den Braunschweigern irgendwie von Vorteil sein könnte. Man hat in dem ganzen bisherigen Verlaufe der Angelegenheit von welfisch-braunschweigischer Seite das berechtigte preußische Empfinden bereits reichlich verletzt und sollte sich daher wohlweislich hüten, mit dieser Methode fortzufahren und Preußen noch weiter zu brüskieren. Preußen ist und bleibt die Vormacht im Reiche und wird nie und unter keinen Umständen seine nationale Pflicht, in Braunschweig nach dem Rechten zu sehen, verabsäumen, ganz einerlei, ob dort ein Regent von preußisch-prinzlichem Geblüte oder aus einem anderen deutschen Fürstenhause die Zügel führt.

Ob preußischer oder nichtpreußischer Prinz, kann also dahingestellt bleiben, wenn der neue Regent nur die zuverlässige Gewähr dafür bietet, daß er sich im vollen Einvernehmen mit der preußischen Auffassung über den nationalen Inhalt und Umfang seiner Regentenpflichten befindet. Neben diesem notwendigen Erfordernis kommt noch eine zum mindesten sehr wünschenswerte Beigabe in Betracht, auf die die „Köln. Ztg." in einem augenscheinlich inspirierten Artikel zur braunschweigischen Thronfolgefrage aufmerksam macht. Nicht nur die Braunschweiger, sondern alle Deutschen empfinden es als einen ärgerlichen Zustand, daß Braunschweig aus dem Provisorium nicht herauskommt, und der Wunsch, eine endgültige Lage zu schaffen, hat nicht wenig zu der Mißstimmung der Braunschweiger beigetragen. Von diesem Gesichtspunkte ausgehend, empfiehlt das offiziös bediente Blatt, bei der Wahl einen Regenten zu suchen, der, wenn er auch jetzt nur als Regent in Braunschweig einziehen könne, doch vielleicht befähigt sei, eine Uebergangsbrücke zu einem künftigen Definitivum zu bilden. Es würde sich also im Interesse Braunschweigs darum handeln, einen solchen Regenten zu finden, der, wenn das Land ihm und er dem Lande behagt, und wenn sich eine gegenseitige Zufriedenheit herausstellt, später einmal die Regentschaft mit der endgültigen Herzogswürde vertauschen könnte. Dazu müßte man einen Prinzen finden, der dem Lande die Sicherheit bietet, daß er ihm dauernd erhalten bleiben kann als Stammvater einer künftigen Dynastie. Um einen solchen endgültigen Zustand zu schaffen, bedürfe es allerdings der Ueberwindung mancher Schwierigkeiten und der Abänderung der braunschweigischen Landesgesetzgebung, für die Braunschweig durchaus zuständig sei.

Aus den Ausführungen des offiziösen Blattes geht hervor, daß man sich auch in der Wilhelmstraße in Berlin der Achillesferse des erneuerten Bundesratsbeschlusses trotz seiner Verschärfung gegenüber dem Beschlusse von 1885 wohl bewußt ist. Es wäre zweifellos besser gewesen, wenn der Bundesrat das Tischtuch zwischen sich und der Cumberländischen Dynastie zerschnitten und die Familie Cumberland ein für allemal bedingungslos von der Thronfolge in Braunschweig ausgeschlossen hätte. Da dies nicht geschehen ist, so klammern sich gewisse braunschweigische Kreise immer noch an die Hoffnung, der auch der Berichterstatter der staatsrechtlichen Kommission vor dem Landtage Ausdruck gab, daß, wenn einmal die jetzt geltend gemachten Hinderungsgründe weggefallen seien, der Bundesrat keine Gründe mehr gegen die Thronbesteigung durch ein Mitglied der Welfendynastie ins Feld führen könne. Das ist natürlich ein Irrtum; denn wenn es wirklich einmal so weit käme, so bliebe dem Bundesrat nichts weiter übrig, als aus der gesamten Lage die einzig mögliche Konsequenz zu ziehen und das auszusprechen, was er sich bis jetzt festzustellen noch gescheut hat: den dauernden Ausschluß der Welfendynastie von der Thronfolge in Braunschweig. Immerhin trägt der Zustand der formalen Ungewißheit, so lange er dauert, zur Belebung der welfischen Hoffnungen bei, und es wäre daher mit besonders patriotischer Freude zu begrüßen, wenn die nationalgesinnten Braunschweiger aus sich selbst heraus die Kraft fänden, hierin Wandel zu schaffen und nach einer angemessenen Probezeit aus dem vorläufigen Verhältnis mit ihrem neuen Regenten eine dauernde rechtsgültige Ehe zu machen. Die „Köln. Ztg." gibt schon im voraus die Versicherung, daß im gegebenen Falle der Bundesrat durchaus nicht etwa aus legitimistischen Bedenken die Einsegnung einer solchen legitimen Ehe verweigern würde. Legt man an die Persönlichkeit des neuen Regenten diesen Maßstab, so würde der sonst in jeder Hinsicht ausgezeichnet geeignete Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg allerdings nicht in Betracht kommen können, da er der Nachkommenschaft ermangelt. Die Frage ist nur, ob die nationalen Triebe in dem Kerne der braunschweigischen Bevölkerung stark genug entwickelt sind, um die Erwartung auf einen solchen Ausgang genügend zu rechtfertigen. Eine recht zuversichtlich gehaltene Antwort erteilt darauf der Graf Görtz-Wrisberg, der in einem die Reichstreue der Braunschweiger behandelnden Artikel im „Tag" erklärt, die welfische Stimmung eines Teiles der braunschweigischen Bevölkerung sei eine mehr künstlich geschaffene als aus der Tiefe des Herzens kommende. Die Braunschweiger hätten im Grunde genommen recht wenig Sympathie für das ehemals hannoversche Königshaus, das deutschnationale Interesse werde allen anderen Bestrebungen gegenüber siegreich standhalten, und das Ausland könne aus diesen Wahrnehmungen schließen, daß die deutsche Einheit allen anderen Interessen weit voransteht. Durch diese Darlegungen wird die bereits von anderer Seite ausgesprochene Behauptung unterstützt, daß die ganze welfische Agitation in Braunschweig im Grunde nur auf die Quertreibereien eines eng begrenzten Kreises von feudal-adeligen Frondeuren zurückzuführen ist. Stimmt das, so müßte man sich doppelt wundern, wenn die Braunschweiger nicht im stande sein sollten, sich aus den letzten beengenden Fesseln dieser Beeinflussung freizumachen und durch eine entsprechende Regentenwahl mit späterer Berufung des Regenten zur Thronfolge zu beweisen, daß sie die Situation im nationalen Sinne richtig erfassen.

Neueste Drahtmeldungen vom 25. März.

Zur Lage in Frankreich.

Paris. Kriegsminister Picquart hat den Leutnant Tisserand, der im vorigen Jahre auf der Arbeitsbörse in einer Versammlung von Ausständigen in Uniform seine Sympathie für die Sozialisten ausgesprochen hatte und deshalb gemaßregelt worden war, rehabilitiert.

Paris. Mit Bezug auf die gegen den Kommandeur des 20. Armeekorps, General Baillond, verhängte Maßnahme verlautet, daß die Regierung der Ansicht gewesen sei, ein General dürfe, welchen Rang er auch immer einnehme, doch weder über die äußere noch innere Politik seiner Meinung öffentlich Ausdruck geben. Mit Rücksicht auf die militärische Vergangenheit des Generals sei gegen ihn nur die gelindeste der üblichen Maßregeln getroffen worden. Der „Petit Parisien" will wissen, daß bei der Versetzung des Generals Baillond dessen jüngste Rede allein den Ausschlag gegeben habe. Der General habe seit seiner Ernennung zum Kommandeur des 20. Armeekorps dem Kriegsminister wiederholt durch sein geschäftliches Wesen Besorgnis bereitet. Bei seinen Beziehungen zu politisch-einflußreichen Persönlichkeiten habe Bailloud dem Kriegsminister gegenüber eine Haltung eingenommen, die mit der Disziplin unvereinbar gewesen sei. Mehrere konservative und nationalistische Blätter erheben in scharfer Weise Widerspruch gegen die Maßregeln des Generals.

Unruhen in Rumänien.

Berlin. (Priv.-Tel.) Wie das Deutsche Bureau der „Alliance Israélite Universelle" mitteilt, hat das rumänische Kabinett Cantacuzene gestern abend demissioniert und Fürst Stardza ein neues Kabinett gebildet.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Der „Frankf. Ztg." wird aus Bukarest von heute gemeldet: Im Bezirke Rimniku-Sarat in der Walachai herrscht Aufruhr. Die Bauern griffen zumeist Rumänen gehörende Gutshöfe an und drangen in die Stadt Rimniku ein, wo sie mit dem Militär kämpften. Die Stadt wurde verwüstet. Die Stadt Jvessi in der Moldau wurde ebenfalls verwüstet. Es wurden viele Häuser, deren Eigentümer Juden sind, zerstört; aber auch viele Rumänen gehörende Gutshöfe verwüstet. In Galatzi ist die Lage ernst. Zwischen dem Militär und den in den Ort eingedrungenen Bauern fanden erbitterte Kämpfe statt. In Pungeschti wurden beim Einschreiten der Truppen vier Personen getötet. In Stefanesti (Bezirk Botosani) fanden gegen die Juden gerichtete Ausschreitungen statt. Die Bewegung verliert immer mehr den antisemitischen Charakter.

Köln. (Priv.-Tel.) Zuverlässige Berichte aus dem Innern Rumäniens lassen nach Mitteilung des Bukarester Vertreters der „Köln. Ztg." die bisherigen Meldungen über den Umfang der Bauernausschreitungen als übertrieben erscheinen. Bis jetzt liegt nur eine Beschwerde eines einzigen Reichsdeutschen vor. Immerhin bestätigt es sich, daß die Truppen nicht überall zuverlässig gewesen sind. Strenge Befehle und die Verwendung ortsfremder Truppen sollen eine Besserung herbeiführen, die in den nördlichen Städten der Moldau bereits erreicht ist. Erschwerend erscheint, daß 70 Proz. der verwendeten Mannschaft eingezogene Reservisten sind. Die Armeekorps von Bukarest und Jassy sind durch Einziehung von rund 80 000 Mann etwa verdoppelt. Eine weitere Einziehung würde nicht gefahrlos sein. Gestern veranstalteten Studenten als Kundgebung zu gunsten der Bauern einen Umzug. Die Truppen, die eine vortreffliche Haltung zeigten, sperrten die zum Palast führenden Straßen ab.

Zur Lage in Marokko.

Tanger. (Priv.-Tel.) El Torres hat als Vertreter des Sultans beim französischen Gesandten einen Besuch gemacht und sein Beileid zur Ermordung des Dr. Mauchamp ausgedrückt.

Tanger. Aus Marakesch wird gemeldet, daß ein Volkshaufe, der sich vor der Apotheke Dr. Mauchamps angesammelt hatte und durch Soldaten zerstreut wurde, sich nach dem Hause des englischen Konsularagenten Lennox begab. Mehrere Aufrührer drangen in das Erdgeschoß; es gelang jedoch Lennox und einigen Dienern, die Türe zu verbarrikadieren. Dann schossen sie aus den Fenstern auf die Menge, von der zwei Personen getötet und zwei verwundet wurden. Die übrigen Angreifer entflohen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser empfing heute mittag den neuernannten siamesischen Gesandten Phya Sridhamafasang im Beisein des Staatssekretärs v. Tschirschky in Antrittsaudienz. Gestern ließ der Kaiser der Fürstin Bülow vor deren Abreise nach Rapallo einen Blumenstrauß überreichen.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt: Ein Wiener Blatt hat neuerdings versucht, den Kaiser mit den Verhandlungen über den Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn in Beziehungen zu bringen. Wir haben solche Versuche, die völlige Neutralität der kaiserlichen Politik gegenüber den inneren Angelegenheiten der habsburgischen Monarchie in Frage zu stellen, mehr als einmal zurückgewiesen und müssen auch diese neueste Ausstreuung als Unfug bezeichnen. Die Stellung der deutschen Politik zu dem Streite zwischen Cis- und Transleithanien ist erst am 14. November v. J. vom Reichskanzler vor dem Reichstage dargelegt worden. Das Blatt gibt den betreffenden Teil der Rede wieder. Fürst Bülow

Trinket „Adriaglut"-Blutwein!
Anerkannt bester süßer Kraft-Rotwein